nahme des erstgenannten Antrages, dagegen die Ablehnung des Antrages Lieber. Es entspinnt sich eine längere Discussion, da der Abg. Dr. Lieber die Budgetcommission in unerhörter Weise verdächtigt und ihm dafür seitens der Abgg. v. Benda und Graf v. Limburg-Stirum eine Rectification zu Theil wird, die den Abg. Dr. Lieber wieder veranlaßt, seine ganze Herausforderungsgeschichte (er wurde bekanntlich vom Abg. v. Runkel, den er durch eine Rede beleidigt hatte, auf Pistolen gefordert) dem Plenum haarklein zu erzählen. Zahlreiche Zwischenrufe, Lärm, Murren, Gelächter u. s. w. begleiten diese Rede, die als Hauptinhalt die Versicherung aufweist, daß Redner sich als Abgeordneter, Staatsbürger und Katholik, den Geboten der Kirche und des Strafgesetzbuchs gemäß, niemals duelliren wird. Ihm wird vom Abg. Meyer-Arnswalde zugerufen: „Wer beleidigt, muß auch Rede stehen", und Abg. Dr. Lieber antwortet darauf, er wisse als Katholik, was er zu thun habe, wenn er Jemand ungerecht beleidigt habe. Abg. Knebel (der Cartellträger des vom Dr. Lieber beleidigten Landrathes v. Runkel) bedauert, daß der Abg. Dr. Lieber hier die Herausforderung mit allen Details zur Sprache gebracht hat, und stellt, ohne auf die Details ausführlich einzugehen, einige Aussprüche des Abg. Dr. Lieber richtig. An der Debatte hatten sich auch der Abg. Bachem und der Regierungscommissar betheiligt, und nach dem Abg. Knebel sprachen noch die Abgg. v. Schorlemer-Alst, v. Meyer-Arnswalde, welcher erklärte, daß er keinen parlamentarischen Ausdruck für Denjenigen kenne, der Beleidigungen ausspricht, aber keine Satisfaction giebt, und schließlich der Berichterstatter Abg. v. Wedell-Piesdorff. Dann wurde die Debatte über den Cultusetat fortgeführt. Diejenigen Titel aus dem Etat der Gymnasien, Real- und Elementarschulen, die der Budgetcommission mit den dazu gestellten Anträge von finanzieller Tragweite überwiesen worden waren, gelangten durchweg nach den Commissionsanträgen zur Annahme. Ein Antrag des Abg. Dr. Kropatscheck auf baldigen Erlaß eines Pensionsgesetzes für die Elementarlehrer wurde mit einigen Amendements der Abgg. Platen und Dr. Bender, Königsberg, für welches letztere Abg. Knörcke eintrat, der Staatsregierung als Material überwiesen. Beim Capitel des technischen Unterrichtswesens verlangte Abg. Sombart eine größere Berücksichtigung des Gewerbestandes durch die Errichtung mittlerer Technika mit der Berechtigung zum einjährigen Dienst, während er die lateinlosen Realschulen perhorrescirte. Vom Regierungstische erwiderte Geh. Rath Dr. Wehrenpfennig, der den Wünschen des Vorredners besondere Berücksichtigung indeß nicht zuzusagen vermochte. Ueber den Nutzen der Bangewerkschulen verbreitete sich in einer ausführlichen Rede der nationalliberale Abg. Dr. Holtze. Das Abgeordnetenhaus genehmigte ferner die Etatscapitel über das technische Unterrichtswesen nach wenig erheblicher Debatte unverändert und setzte sodann die Fortsetzung der Berathung auf Abends 8 Uhr fest. In der Abendsitzung des Abgeordnetenhauses wurde sodann Cap. 124 „Cultus und Unterricht" beendigt. Die Discussion, welche einzelne Positionen desselben herbeiführten, giebt uns ebensowenig wie diejenige über das folgende Capitel, „Medicinalwesen", zu Bemerkungen Veranlassung. Auch die Verhandlungen über das Extraordinarium besitzen kein Interesse für weitere Kreise. — Der Umstand, daß die **kirchenpolitische Vorlage** aus Mangel an Zeit vor Ostern zur zweiten Berathung ins Plenum nicht mehr gelangen kann, giebt verschiedenen katholischen Blättern zu der Vermuthung Veranlassung, daß es sich um eine absichtliche Hinausschiebung derselben handle. Man meint, der Reichskanzler wolle erst die Abstimmung des Centrums über die im Reichstage zu erwartende Tabaksmonopolvorlage abwarten, bevor er sich über das Maß des dem Centrum zu gewährenden Entgegenkommens schlüssig mache. Diese Voraussetzung wird von der „N. Pr. Ztg." für grundfalsch gehalten. Das Blatt glaubt versichern zu können, daß von einer absichtlichen Verzögerung der weitern Berathung nicht die Rede ist. — Heute Vormittag 11 Uhr trat das **Plenum des preußischen Volkswirthschaftsraths** unter Vorsitz des Staatsministers v. Bötticher zusammen, um die Vorlage, betreffend das **Tabaksmonopol**, zu berathen. Del. Schöpplenberg legt zunächst einen Protest der Fabrikanten vor.

Del. Delius ergreift das Wort zur Richtigstellung der ihm von der Localpresse in Minden untergeschobenen Aeußerungen und wiederholt hierbei, daß die Tabaksfabrikanten seines Bezirks durchweg Gegner des Monopols seien, aber auch die Fabrikatsteuer wie die Erhöhung der Gewichtsteuer verwerfen.

Del. Wesenfeld beantragt, die Berathung über die §§ 1 bis 6 auszusetzen, was der Vorsitzende unterstützt.

Del. Hagen ist von den Ausführungen des Regierungscommissars v. Mayr nicht überzeugt worden und ein entschiedener Gegner des Monopols. Die Berechnungen seien zu rosig das Volk wolle das Monopol nicht (Gegenrufe von allen Seiten) und bitte er die Vorlage abzulehnen.

Del. Löswitz ist im Interesse des Reichs und der Gesammtheit für das Monopol.

Del. Kalle bestreitet die Nothwendigkeit der Reform der directen Steuern auf der vorgeschlagenen Basis, will authentischere Berechnungen und noch eine Zeit lang warten, ehe eine solche einen seit Jahrzehnten blühenden Industriezweig tief treffende Maßregel durchgeführt werde.

Del. Wolff betont die Nothwendigkeit der Steuerentlastung, weist auf die Thatsache hin, daß den Arbeitern durch die Vorlage die Existenz nicht gefährdet und den Tabaksbauern der Absatz nicht verkümmert werde. Die Vorlage suche allen Anforderungen gerecht zu werden, die bisherigen Unternehmer und Händler würden nur zum Theil gezwungen, ihre bisherige Thätigkeit zu wechseln, sie würden reichlich entschädigt. Dank der Zollreform, die in fast allen Zweigen der Industrie und Landwirthschaft einen Aufschwung angebahnt, werde den Händlern und Fabrikanten Gelegenheit gegeben, auf neuen Gebieten ihre Kräfte zu verwerthen. Schließlich plaidirt Redner für Annahme des Monopols.

Del. Heimendahl kommt abermals auf die Fabrikatsteuer zurück und hofft, die Regierung und der Reichstag würden sich auf diesem Boden verständigen.

Del. Mewissen führt aus, die Nothwendigkeit der Vermehrung der Reichseinnahmen sei zugegeben, durch directe Besteuerung sei dieses Ziel nicht zu erreichen, die einzig ergiebige Steuer sei vom Tabak zu erzielen, aber nicht durch die Fabrikatsteuer, welche ohne Noth den Tabak vertheure, sondern durch das Monopol, das den Tabaksproducenten, Arbeitern und Consumenten gerecht werde.

Im weitern Verlaufe der heutigen Plenarsitzung führte

Del. Schöpplenberg aus, die Vorlage sei so gemacht, um das Monopol mundgerecht zu machen; er findet die Entschädigung für zu niedrig.

Del. Hessel kritisirt besonders die Fabrikatssteuer, welche den Tabak zu Gunsten weniger Grossisten vertheuere.

Del. Brockhoff erklärt sich gegen das Monopol; die Einnahmen würden wesentlich geringer sein; die Zahl der Verschleißstellen sei zu niedrig berechnet; die besser Situirten würden Importe versuchen, der Consum würde abnehmen. Das Ergebniß werde um nicht viel höher als die jetzige Tabaksteuer sein.

Regierungscommissar v. Mayr geht nach dem Bericht der „Nordd. Allg. Ztg." auf einzelne Bemerkungen der Gegner des Nähern ein, betont, daß die Arbeiten der Enquête auf Angaben beruhten, die heute als unzutreffend erkannt sind; die heutigen Zahlen seien die richtigen; lägen sie in der Enquête vor, so würde diese zu anderen Resultaten kommen. Die Masse des einheimischen Tabaks sei damals überschätzt worden, der deutsche Tabaksbau sei weit bedeutender, als angenommen worden. Die Enquête habe Minimalpreise angenommen. Auf neuen Momenten baue sich die heutige Vorlage auf, die nicht rosig gefärbt sei. Die jetzige Fabrikation wolle man verstaatlichen, die technische bleibe dieselbe. Er hoffe, der Volkswirthschaftsrath werde sich durch Demonstrationen nicht einschüchtern lassen, sondern lediglich aus sachlichen Erwägungen sein Votum abgeben. Es handle sich wesentlich um einen Wechsel im Unternehmen, nicht um Vernichtung einer Industrie. Redner weist nach, wie besonnen und richtig die Aufstellung gemacht sei; wenn man sich vergegenwärtige, wie gering die Entschädigung sei, die Delbrück vorgeschlagen, so könne man die heutige gewiß nicht zu klein nennen; wenn man immer wieder auf den Schmuggel zu sprechen komme, so meine er, daß wir doch noch nicht so weit seien, den Schmuggel zu entschädigen. Auf die Calculation wolle er nicht zurückkommen; kleine Differenzen mögen ja obwalten, das Gesammtresultat sei unberechenbar. Der Verdienst sei schon bei der geringen Sorte vorhanden, wenn auch kleiner, als bei der bessern Cigarre. Er müsse Verwahrung dagegen einlegen, daß die Vorlage gemacht sei, um das Monopol mundgerecht zu machen. Es empfehle sich selbst; keine andere Besteuerungsform könne das gleiche Resultat haben; es werde die producirende Thätigkeit vermehren, den Zwischenhandel einschränken. Redner beleuchtet des Weiteren die Einwände in Betreff der Abnahme des Consums und demzufolge des Ertrags.

Del. Leyendecker bemerkt, der Volkswirthschaftsrath habe nicht über die Aufbringung neuer Steuern, sondern über das Monopol als solches zu berathen. Er wolle keine Staatsindustrie, keine Vermehrung der abhängigen Staatsbeamten, keinen omnipotenten Staat. Die elsaßer Bauern seien für das Monopol, weil sie bessere Preise für ihre Tabake erhofften.

Del. Mewissen bemerkt, die Regierung habe die Frage des Bedürfnisses gestellt und deshalb sei diese Frage mit erörtert worden. Er kenne keine bessere Luxussteuer, als das Tabaksmonopol.

Regierungscommissar v. Mayr verweist auf den Bericht des elsaß-lothringischen Landesausschusses über die Straßburger Manufactur, man werde dann zu anderen, richtigeren Schlußfolgerungen über letztere kommen.

Del. Krüger befürwortet wieder die Flächensteuer und verwirft die Fabrikatsteuer, die den Pflanzer schädige. Da wäre das Monopol das kleinere Uebel.

Auf die Bemerkung des Del. Schöpplenberg, die Pflanzer ständen sich auch jetzt gut; er fürchte, die Verwaltung werde den Tabak nicht frei geben, bemerkt

Regierungscommissar v. Mayr: Im Elsaß schätzen sich die Pflanzer nach dem Monopol, weil sie dabei besser beständen als jetzt. In der Vorlage sei davon die Rede nicht, daß die Verwaltung die Tabake zurückhalten werde, weil der Preis nicht genüge.

Nach weiteren Auseinandersetzungen wird zur Abstimmung geschritten, und es werden die §§ 2, 3, 4, 5 und 6 unter Vorbehalt, daß § 1 später angenommen werde, genehmigt. Zu § 7 wird der Antrag Krüger, daß nicht nach den vorangegangenen 3, sondern nach 6 Jahren der Durchschnitt berechnet werde, angenommen, ebenso zu Al. 2 die Worte „bei nicht genügender Production kann der Bundesrath neue Anbaubezirke zulassen," hinzuzufügen. Hierauf wird § 7 mit diesen Aenderungen angenommen. Zu § 8 bemerkt Regierungscommissar v. Mayr, die Durchschnittspreise könnten nicht im Gesetz fixirt werden. Nach längerer Debatte über diese Frage wird ein diesbezüglicher Antrag Krüger zurückgezogen und die Sitzung auf Dienstag 11 Uhr vertagt.

* **Karlsruhe**, 20. März. Nach dem heute veröffentlichten Bericht ist das Befinden des Großherzogs ein sehr günstiges. Der in den letzten Tagen auf Stunden ausgedehnte Aufenthalt im Walde wirkte sehr anregend und stärkend. — Die Großherzogin und der Erbgroßherzog sind heute Nachmittag zur Theilnahme an der Geburtstagsfeier des Kaisers nach Berlin abgereist.

* **Braunschweig**, 20. März. Der Erzherzog Ludwig Victor ist zum Besuche des Herzogs hier eingetroffen und beabsichtigt, 2 Tage hier zu verweilen.

* **Wien**, 20. März. Im Abgeordnetenhause wurde heute die Generaldebatte über den Wahlreformentwurf zu Ende geführt und der Antrag der Minorität bei namentlicher Abstimmung mit einer Mehrheit von 17 Stimmen als Grundlage für die Specialdebatte abgelehnt. Außer den beiden Generalrednern sprachen blos noch die beiden Berichterstatter Dr. Herbst und Zeithammer. Die Sitzung nahm einen sensationellen Verlauf. Von der rechten wie von der linken Seite des Hauses fielen Worte, welche nur glühende Leidenschaft auf die Zunge bringen kann. Und niemand Geringerer, als Graf Hohenwart war es, der diesen Orcan entfesselte, der wider seine Gewohnheit, wider seine parlamentarische Vergangenheit, heute eine Sprache führte, die selbst in diesem Hause selten noch gehört wurde.

Der Generalredner der Minorität, Abg. Dr. Sturm nennt die Vorlage „einen feudal-demokratischen Gesetzentwurf in centralistisch-föderalistischer Form" und fährt dann fort: Ich kann den vorliegenden Gesetzentwurf der Ausschußmajorität trotz seines widerspruchsvollen Inhaltes nur vom Parteistandpunkte begreifen und nur nach seinem praktischen Zwecke würdigen, welcher kein anderer ist, als die Verfassungspartei im Abgeordnetenhause durch die Theilung des böhmischen Großgrundbesitzes für immer in die Minorität zu versetzen und außerdem in den Alpenländern, in Böhmen, Mähren, Schlesien den Deutschliberalen womöglich einige Mandate abzunehmen. Wir stehen einer Politik der Ranküne gegenüber, ohne zu wissen, welches Programm die Regierung hat, als das, die Majorität auf jeden Fall zu behalten. Der Ministerpräsident habe gesagt, Oesterreich dürfe weder deutsch, noch slawisch sein. Wir aber glauben, daß in diesem Staate eine Nation die leitende oder, wenn Sie wollen, die verbindende Stellung einnehmen muß; durch den Austritt aus dem deutschen Bunde hat für Oesterreich die historische Mission nicht aufgehört. Während Oesterreich früher an der Spitze Deutschlands stand, so befindet es sich heute an der Seite desselben. Die Bestimmung der Ostmark ist, der Schutzwall zu sein für den deutschen Westen gegen den slawischen Osten. Durch diese Wahlreform wird jedoch Oesterreich slawisirt und seinem Berufe entzogen. Deshalb werde er gegen die Anträge der Majorität stimmen.

Der Generalredner der Majorität, Abg. Graf Hohenwart macht seinem Vorredner den Vorwurf, der Debatte schon von vornherein einen gewissen gereizten Charakter gegeben, sowie hämische und unwahre Behauptungen aufgestellt zu haben, und sagt weiter: Dr. Herbst hat in seiner reichen parlamentarischen Laufbahn wohl alles Mögliche bewiesen, nur Eines nicht, nämlich Wohlwollen gegen die Meinungen Anderer. Sein Programm ist nichts Anderes als eine schöne Phrase. Lesen Sie, was die Opposition auf den Parteitagen gesprochen hat, was sie in ihren Organen geschrieben hat, was sie in diesem Hause gesprochen hat, und Sie werden nichts Anderes finden, als Verunglimpfungen und Verdächtigungen der Regierung und der Majorität. (Lebhafte Bewegung. Beifall rechts, lauter Widerspruch links.) Man bekämpft nicht mehr die Meinung des Gegners; man wirft sich mit aller Kraft auf die Person des Gegners (Widerspruch links) und sucht ihn in den Augen der Bevölkerung herabzuwürdigen. (Laute Zustimmung rechts. Unruhe links.) Wenn das das Wohlwollen ist, welches in jenem schönen Programme in Aussicht gestellt wurde, wenn so die Meinung des Gegners geachtet wird, dann verstehe ich meine deutsche Muttersprache nicht mehr. (Lebhafter Beifall rechts.) Nicht ein Programm des Wohlwollens, nein, ein Programm der Leidenschaften hat die Linke acceptirt, ein Programm, welches einer so großen Partei von solchem Talente und solcher parlamentarischen Routine entschieden nicht würdig ist (Lärm links. Lauter Beifall rechts.), weil dieses Programm viele Parteimitglieder vielleicht gegen ihre bessere Ueberzeugung nur auf den Weg der Verdächtigung und Verunglimpfung führt. (Stürmische Unterbrechung und großer Lärm links. Rufe: Schon wieder dieses Wort! Zur Ordnung! Zur Ordnung! Das ist unerhört! Der Präsident muß zur Ordnung rufen. Gehen wir hinaus! Verlassen wir den Saal! Man insultirt uns! Gegenrufe rechts: Ruhe! Ruhe! Einige Mitglieder der Linken verlassen in großer Erregung den Saal. Herbst begiebt sich zum Präsidenten und fordert ihn auf, den Redner zurechtzuweisen. Minutenlange Pause.) Graf Hohenwart erklärt weiter, er müsse alle Consequenzen, die Dr. Herbst aus dem Gesetze gezogen, einfach in das Bereich wohlfeiler Verdächtigung verweisen. (Lebhafter Beifall rechts, Widerspruch und Rufe der Entrüstung links.) Es sei ein musterhafter Coup der Opposition, die Stadt Wien als Object ihrer Begnadigung aufzustellen.

Der Präsident Dr. Smolka erklärte sodann, die beanstandeten Stellen in Hohenwart's Rede nicht rügen zu können, da er auch ähnliche Aeußerungen von Seiten der Linken nicht gerügt habe.

Der Berichterstatter der Minorität, Abg. Dr. Herbst, replicirte auf die Rede Hohenwart's mit wenigen scharfen Worten, polemisirte sodann gegen die anderen Redner der Rechten und schloß folgendermaßen: Ich könnte noch Vieles sprechen, aber ich weiß, es ist Alles umsonst, die Herren auf der Linken werden ein redliches Streben stets anerkennen; sie werden anerkennen, daß mir die Worte: „In necessariis unitas, in dubiis libertas, in omnibus caritas" als Programm unserer Verbindung stets vor Augen schweben, und daß dies der Fall ist, dafür ist ein glänzender Beweis die von Invectiven triefende Rede des Abg. Grafen Hohenwart.

Der Berichterstatter der Majorität, Abg. Zeithammer, beschränkt sich auf eine Polemik gegen die Redner der Minorität. Er bemerkt unter Anderem, daß die Aera Taaffe keine Wahl beeinflußt habe. (Schallendes Gelächter links.)

Das Haus schreitet sodann zur Abstimmung. Der Antrag Kronawetter auf Zurückweisung der Vorlage an den Ausschuß wird mit allen gegen 4 Stimmen abgelehnt. Bei der nun folgenden mündlichen Abstimmung votiren mit der Linken für das Minoritätsvotum die Abgg. Graf Coronini, Dubsky, Kronawetter, Löblich, Kowalski, Lazzarini, Schönerer, Vucetich. Abg. Burgstaller, sowie die verfassungstreuen Abgeordneten aus Istrien enthielten sich der Abstimmung. Das Eingehen in die Specialdebatte über das Minoritätsvotum erscheint mit 167 gegen 150 Stimmen abgelehnt. Hierauf wird mit 178 gegen 118 Stimmen das Eingehen in die Specialdebatte über den Majoritätsentwurf angenommen, welche in der morgenden Sitzung beginnen wird. Die Minorität hat sich vorbehalten, ihre Anträge im Verlaufe der Specialdebatte zur Geltung zu bringen. Das wichtigste Moment wird sich bei der Abstimmung über § 2 des Majoritätsentwurfes ergeben, da hier die Frage über die Zweidrittelmajorität zur Entscheidung gelangen muß. Der eigentliche Kampf um die Verfassungsfrage wird also in der Specialdebatte entbrennen. — Kurz vor Schluß der heutigen Sitzung theilte der Präsident mit, daß Frhr. Robert v. Walterskirchen, der Abgeordnete von Aussee, sein Mandat niedergelegt hat und dies damit motivirt, daß er mit der Haltung der Linken in der Frage der Wahlreform nicht übereinstimme. Baron Walterskirchen hat seinen Ansichten in dieser Richtung wiederholt Ausdruck gegeben, und die Absicht, das Mandat niederzulegen, reifte in dem Augenblicke, da die Linke beschloß, die Abstimmung über die Wahlreform zur Clubfrage zu machen. In allen parlamentarischen Kreisen macht die Mandatsniederlegung Walterskirchen's große Sensation, und auf der Linken wird dieses Ereigniß als ein schwerer Schlag beklagt. Es heißt im Hause, daß auch Frhr. v. Zschock aus denselben Gründen das Mandat niederlegen wolle. — Vom **Insurrectionsschauplatze** meldet Feldmarschallieutenant Baron Jovanovic unter dem gestrigen Nachmittag: Seit dem 11. d. haben in der Kriwoschje keine Gefechte stattgefunden, einzelne Insurgenten treiben sich in dem gute Deckung gewährenden Terrain noch herum, überfallen einzelne Soldaten, werden von streifenden Abtheilungen vertrieben. Die Truppen in der Kriwoschje haben ihre Positionen bereits flüchtig befestigt. In der Herzegowina treiben sich größere und kleinere Banden herum, überfallen die Trauthercolonnen der Privatlieferanten, zerstörten auf dem Wege Nevesinje-Gacko die Telegraphenleitungen und führten bei Dabrica und Komeno Viehraub aus. Streifungen erwiesen sich erfolglos, da die Banden fortwährend die Standorte wechseln oder sich zerstreuen. Beiderseits der Straße Blagaj Nevesinje Gacko wurden alle Orte stärker und vorläufig dauernd besetzt. Die 18. Infanterietruppendivision berichtet unter 19. März: Lieutenant Martinu des 11. Infanterieregiments, Commandant der Gendarmerieassistenztruppe in Bestanit, nördlich von Stolac, erfuhr am 17. d. Morgens in Dabrica, daß Insurgenten bei Bracici Schafe rauben. Hierauf ging der Lieutenant mit einer aus 26 Infanteristen, 4 Gendarmen und 2 Panduren bestehenden Abtheilung gegen Bracici vor, fand dort beiläufig 250 Insurgenten, die sich nach einem längern Gefechte auf die Snjezinca zurückzogen. Verlust der Truppen 1 Mann todt, 1 Mann leicht verwundet. Die Insurgenten verloren 2 Todte, darunter den Anführer Sutic, ferner 3 Schwer- und mehrere Leichtverwundete. — Dem „Narodni List" in Zara wird gemeldet, daß den flüchtigen Kriwoschjanern und Herzegowinern von Montenegro zumeist Wohnplätze bei Podgoritza an

---

stück, sondern als eine persönlich gebotene Fertigkeit, welche nur durch eine von ungemeiner Liebe zur Kunst getriebene Ausdauer, verbunden mit Talent erlangt werden konnte. Er spielte verschiedene, nach Schubert und Gounod für seine Ausführung von ihm zweckmäßig arrangirte und einige andere, von ihm selbst componirte Pièceu. Die Technik, die Kraft und Feinfühligkeit des Anschlags, welche er erreichte, so daß wir oft genug die täuschende Vorstellung eines zweihändigen Spiels empfangen, setzen in höchstes Erstaunen, um so mehr, da sich damit ein musikalisch empfundener Vortrag vereint. Diesen entwickelte er ausdrucksvoll und zart in Schubert's Liede: „Du bist die Ruh'", während die merkwürdige virtuose Ausbildung der linken Hand besonders in der „Faust"-Phantasie und der „Erlkönig"-Transscription hervortrat. Außerordentlicher Beifall wurde seinen Productionen gespendet, die natürlich mehr nur das Interesse einer Curiosität, als die Darbietung eines musikalischen Genusses beanspruchen. Ein nicht minder lebhafter Beifall wurde dem Frl. v. Schönberg-Reichstädt zu Theil. Sie sang mit hübsch ausgebildeter, leicht beweglicher, für die Coloratur geeigneter Stimme, die zu weiteren Studien ermuthigt, und mit intelligenter, musikalischer Behandlung und geschmackvollem Vortrag die Walzerarie aus Hofmann's „Aennchen von Tharau", ansprechende französische und italienische Canzonen (von Baronin Rothschild und Gomez) und Lieder von Hartmann. Eine künstlerische Bereicherung des Programms gab außerdem Hr. Kammermusikus E. Feigerl durch die recht gelungene lobenswerthe Ausführung einer Sonate (G-moll) von Tartini, Legende von Wieniawsky und Tarantella von Vieuxtemps für Violine. Hr. C. Heß hatte die Clavierbegleitungen der Violin- und Gesangsstücke übernommen. C. B.

Sie müssen auf's Land.

Erzählung nach dem Norwegischen von L. Dilling.
Uebersetzt von Müllhausen.

(Fortsetzung.)

Der Arme setzte sich auf eine Rolle zusammengewickelter Fußteppiche und versuchte ein wenig zu nicken, verlor indessen das Gleichgewicht, glitt auf den Fußboden und schlug seinen Kopf gegen die Wand.

Aergerlich raffte er sich wieder auf und es fiel ihm jetzt erst ein, daß er seinen Nachmittagskaffee noch nicht bekommen.

„Du lieber Gott", sprach er mit sich selbst, „ich könnte mir doch das Vergnügen machen, meinen Kaffee im Grünen zu trinken, wie ich es vor meiner Verheirathung stets gethan, genießt doch meine Frau jetzt die schöne Landluft."

Gesagt, gethan, Terning spazierte nach der bekannten Restauration, um mit der guten Tasse Kaffee zu gleicher Zeit die reine gute Luft einzuschlürfen. Bei einem der Tische traf er alte Bekannte, zwei Gerichtssecretäre und einen Geschäftsreisenden.

Große Freude und einige Tassen Kaffee mit Curaçao.

Da die Uhr 4 schlug, wollte Terning sich empfehlen.

„Papperlapap", sagte der Geschäftsreisende, „jetzt wollen wir es erst recht gemüthlich haben! Kellner! — Vier Selters mit Eis und 2 Flaschen schwedischen Punsch."

„Ich muß aufs Comptoir."

„Laß sagen, Du wärest nicht recht wohl."

„Bei uns im Gericht ist man in der Regel einen Tag in der Woche krank", sagte der Eine der Secretäre.

Nach längerer Unterredung gab Terning nach, ein Bote wurde abgesandt und der Punsch unter Fröhlichkeit genossen.

Später kam Rheinwein, dann wieder Punsch, und dann — kam Terning's Principal; er trat an den Tisch.

„Sie sind nicht ganz wohl, Hr. Terning", fragte er.

„Nein, ich — ich — leide an Kopfschmerzen", stotterte Terning, dunkelroth im Gesicht.

„Sehr natürlich", sagte der Grossist mit einem Blick auf die Flaschen. „Da ich indessen fürchte, diese Anfälle könnten sich wiederholen und ich in meinem Geschäft keine schwächlichen Leute gebrauchen kann, glaube ich, es wird das Beste sein, daß wir uns am Schlusse dieses Monates trennen." Und er ging weiter.

Als Terning den Abend zu seiner Gattin kam, lag über seiner ganzen Person ein gewisser Duft von Wehmuth und Arakpunsch ausgebreitet, während er mit milder Stimme erzählte, er habe seinen Platz eingebüßt.

Draußen floß der Regen in Strömen, schlug durch die Fenster herein und bildete hier und da kleine Bäche.

Frau Terning mischte ihre Thränen mit dem Regenwasser auf dem Fußboden, und die jungen Terning weinten, weil Mama weinte.

Auf diese Weise verlief der erste Abend, den die Familie auf dem Lande zubrachte.

III.

Es war eine sehr gemüthliche Wohnung, die Terning's bekommen. Das ganze Haus hatte drei Zimmer, hiervon hatten Terning's zwei. Das Schlafzimmer war ziemlich klein und schwül; doch das Wohnzimmer sehr geräumig, einfach aber geschmackvoll, ausgeschmückt mit colorirten Fürstenfamilien und Bouquets von Papierblumen in alten Theetöpfen. Freilich war es sehr niedrig, auch waren die Fenster weder zum Oeffnen eingerichtet, noch zum Durchsetzen bestimmt, aber, du lieber Gott, auf dem Lande darf man es nicht so genau nehmen. Bei schönem Wetter kann man sich draußen aufhalten.

Beim Hause war ein niedlicher, kleiner Garten mit Kohlköpfen, Päonien und drei verkrüppelten Aepfelbäumen, zwischen denen eine Leine gezogen, um darauf die Wäsche zu trocknen, und außerdem war ein großer Hofraum vorhanden, wo die Kinder sich mit den Gänsen und Schweinen im Sande herumwälzen konnten, und in der Mitte des Hofes war ein Teich, dessen Wasser die Kühe nicht trinken wollten, das sich aber zum Ertrinken kleiner Kinder ausgezeichnet eignete — und dies Alles war jedenfalls sehr ländlich einfach.

In den ersten Tagen genoß Frau Terning die Freuden des Landlebens in vollen Zügen, indessen fand sie es doch bald langweilig, so ganz allein zu sein und sich mit ihrer Handarbeit von der einen Seite des Hauses zur andern zu begeben, um etwas Schatten zu genießen, ohne weitere Abwechslung, als zu verhindern, daß ihre Knaben in den Teich fielen.

SLUB
Wir führen Wissen.